

Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 03. Sitzung (städtisch)			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16. Dezember 2015	16:10 Uhr	18:05 Uhr	Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.November 2015
- TOP 3 Konstituierung der Deputation für Kinder und Bildung Vorlage L 15/19
- TOP 4 Aufnahmeverfahren an öffentlichen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen zum Schuljahr 2016/2017 Vorlage G 08/19
- 1.) Planungen für die Kapazitätsberechnung zur Einschulung
- 2.) Planungen für die Kapazitätsberechnung zum „Übergang 4 nach 5
- TOP 5 Neufassung der Richtlinien über die Aufnahmekapazitäten der allgemeinbildenden Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in der Stadtgemeinde Bremen Vorlage G 09/19
- TOP 6 Bericht zur Betreuung und Beschulung von Kindern von Flüchtlingen Vorlage G 10/19
- TOP 7 Ortsgesetz zur Neuregelung von Zuständigkeiten für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege Vorlage G 11/19
- TOP 8 Raumbedarfe der Allgemeinen Berufsschule (ABS) Vorlage G 12/19
- TOP 9 Weiterentwicklung und Verstärkung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung und Sprachförderung für alle Kinder im Elementarbereich, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung Vorlage G 13/19
- TOP 10 Verschiedenes
- Bericht: „Projekte zur Prävention gegen sexuelle Gewalt“ Vorlage G 511/19

Bericht: Ganztagsbeschulung an der Grundschule Stichnethstraße	Vorlage G 512/19
Bericht: „Raumprogramm der Ganztagsgrundschule am Pastorenweg“	Vorlage G 513/19
Bericht: Rückzahlung von Kita-Beiträgen	Vorlage G 514/19
Bericht: Sachstandsbericht zu den Quartiersbildungszentren	Vorlage G 515/19
Bericht: Vorgehen gegen religiös motivierten Extremismus	Vorlage G 516/19

TOP 1 Genehmigung Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und fragt, ob Änderungswünsche zu der vorgeschlagenen Tagesordnung vorliegen. Frau Vogt bittet um Aussetzung der TOP 06 (G10/19) und 09 (G13/19), da die Vorlagen hierfür erst kurzfristig vorgelegt wurden. Des Weiteren bittet sie, den schriftlichen Bericht G513/19 unter TOP 10 zu debattieren. Herr Güngör bittet darüber hinaus um Aussetzung von TOP 08 (G12/19) und ebenfalls um Aussetzung von TOP 09.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation genehmigt die Tagesordnung unter Maßgabe der vorstehenden Änderungen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.November 2015

Zum Entwurf des Protokolls der Sitzung vom 18. November 2015 liegen keine Änderungswünsche vor.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 18. November 2015.

TOP 3 Konstituierung der Deputation für Kinder und Bildung **Vorlage L 15/19**

Die städtische Deputation für Kinder und Bildung übernimmt die Beschlussfassung aus der staatlichen Deputation.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung beschließt, für die 19. Wahlperiode die Deputationsausschüsse

- a. Migration
- b. Berufliche Bildung
- c. Frühkindliche Bildung
- d. Inklusion und sonderpädagogische Förderung

einzurichten.

TOP 4 Aufnahmeverfahren an öffentlichen Schulen in der Stadtgemeinde Bremen zum Schuljahr 2016/2017 Vorlage G 08/19

1.) Planungen für die Kapazitätsberechnung zur Einschulung

2.) Planungen für die Kapazitätsberechnung zum „Übergang 4 nach 5

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und schlägt vor, die TOP 04 und 05 zusammen zu debattieren. Der Vorschlag findet die Zustimmung der Deputation.

Herr Dr. vom Bruch schlägt vor, den Beschlussvorschlag von „Zustimmung“ in „Kenntnisnahme“ ändern, da es sich hierbei um Prognosen und daraus abgeleitete Planungen handle, die einer Zustimmung nur schwer zugänglich seien. Er trägt weiter vor, ihn habe erreicht, dass in Bremen-Nord insgesamt zu wenige Klassenverbände bestünden, wenn deren Zahl wie geplant reduziert würde. Hierzu erklärt Herr Güngör, das Ziel müsse sein, eine Beschulung außerhalb des Sprengels zu vermeiden. In Bremen-Nord müsse daher erforderlichenfalls nachgesteuert werden. Für die Sekundarstufe I bestünden seines Erachtens Zweifel, ob die angestrebten Kapazitäten die Beschulung von Flüchtlingen ausreichend gewährleisten. Auch für die regionale Verteilung benötige man einen konzeptionellen Ansatz, auch wenn es schwierig sei, die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Er schlage daher vor, die Kapazitätsrichtlinie (Vorlage G 09/19) zunächst nur in Bezug auf die Grundschulen zu beschließen. Frau Vogt weist ebenfalls auf die Schwierigkeit hin, dass die Zahl der Kinder von Geflüchteten im Vorfeld noch nicht belastbar abgeschätzt werden kann, warnt aber davor, sie durch Erhöhung der Klassenfrequenzen im Verfahren unterzubringen. Auf ihre Bedenken gegen die geplante 5-Zügigkeit der Grundschule Halmerweg erläutert Frau Perplies, dass dies darstellbar und mit der Schule abgestimmt sei. Herr Dr. Güldner sieht es ebenfalls als Problem an, dass die Prognosen für die Flüchtlingskinderbeschulung derzeit noch sehr vage seien. Die Entstehung von Flüchtlingsklassen müsse unbedingt vermieden werden.

Frau Senatorin Dr. Bogedan hält es für richtig, die Frage der Beschulung von Kindern von Geflüchteten zunächst grundsätzlich zu betrachten. Die Vermeidung von Flüchtlingsklassen sei auch das Ziel des Senats, damit die Beschulung weiterhin integrativ erfolge. Es könne auch nicht das Ziel sein, jedes Jahr Klassen neu zu bilden um dem wachsenden Zuzug zu entsprechen. Da die Senatsberatung über die zusätzlichen Bedarfe für die Integration der Flüchtlinge erst im Januar stattfindet, sei es sinnvoll, die Beschlussfassung über die Kapazitätsrichtlinie in Bezug auf die Oberschulen zunächst auszusetzen. Frau Perplies erläutert das Verfahren der Prognose der zu bildenden Klassenverbände und die dafür zur Verfügung stehenden Planungsgrundlagen. Bezogen auf die Kritik an den Planungen für Bremen-Nord müssten jedoch auch die an den Schulen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten mit einbezogen werden. Wenn der Bedarf bestehe, werde im Verfahren bei den Kapazitäten erforderlichenfalls nachgesteuert.

Der Schulsprecher der Schule Alt-Aumund spricht sich in diesem Zusammenhang für eine andere Verteilung der Klassenverbände auf die Schulen im Stadtteil aus. Der ZEB trägt vor, seines Erachtens seien insgesamt zu wenig Klassenverbände in der Grundschule geplant, insbesondere in der Vahr seien deutlich weniger Plätze als Einschulungskinder ausgewiesen. Hierauf erläutert Frau Perplies, dass die geplanten Kapazitäten in der Vahr insbesondere die zu erwartenden Einschulungen an den regionalen privaten Grundschulen berücksichtigten. Insgesamt sei die hier vorgelegte Planung eine zeitliche Momentaufnahme, die gegebenenfalls später angepasst werde. Es würden alle Kinder eingeschult, die einen Rechtsanspruch haben. Ziel der Planung sei auch eine ausgewogene Gestaltung in den Regionen, dabei seien „1-Zügigkeiten“ möglichst zu vermeiden. Frau Vogt weist darauf hin, dass sich der Vorhalt von rechnerischen Reservekapazitäten lediglich in Höher zweier Klassenverbände nach ihrer Auffassung im Sommer als Fehler erweisen werde. Herr Rohmeyer sieht es als schwierig an, dass die Grundschule am Wasser zweimal in Folge nicht auf eine 2-Zügigkeit begrenzt worden sei. Herr Jentschke weist darauf hin, dass sowohl die Anzahl der Karenzzeitkinder als auch die voraussichtlichen Abgänge in die Privatschulen in eine vernünftige Planung eingebaut werden müssten.

Frau Senatorin Dr. Bogedan erläutert, dass es nicht möglich sei, bei den Planungen bereits für alle möglichen Eventualitäten Puffer vorzusehen. Wichtig sei, mit den Planungen eine möglichst langfristige und verlässliche Perspektive für die Schulen zu schaffen. Herr Staatsrat Pietrzok hält Nachsteuerungen auf Grundlage dieser Planungen grundsätzlich für möglich. Für die Einführung anderer Steuerungsimpulse werde zunächst auch eine politische Verständigung benötigt. Herr Dr. vom Bruch appelliert, der Abstimmung mit den Schulen große Aufmerksamkeit zu widmen, um den seines Erachtens bestehenden „Unwuchten“ zu begegnen.

Herr Güngör bittet darum, die Zügigkeit der Grundschulen auf der Grundlage der vorliegenden Elternwahlen noch vor Beginn der Regionalkonferenzen politisch zu beraten. Dies findet Zustimmung bei den Deputierten.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung (städtisch) nimmt die vorgeschlagenen Planungen zur Kapazitätsberechnung zur Kenntnis.

TOP 5 Neufassung der Richtlinien über die Aufnahmekapazitäten der allgemeinbildenden Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in der Stadtgemeinde Bremen **Vorlage G 09/19**

Die Vorlage wurde bereits unter TOP 04 mit debattiert.

Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch, wie lange für die Oberschule im Park die in der Kapazitätsrichtlinie ausgewiesenen abgesenkten Frequenzen noch gelten sollen, berichtet Frau Senatorin Dr. Bogedan, dass mit der Schule verabredet sei, dies nur noch einmalig vorzusehen. Ab dem Schuljahr 2017/18 solle die Regelung aufwachsend auslaufen.

Herr von Lührte trägt vor, dass die Vorlage sowohl in Bezug auf den Beschlussvorschlag als auch auf die Richtlinie selbst geändert werden müsse. Der Beschlussvorschlag solle um den Zusatz „soweit sie sich auf die Grundschulen beziehen“ ergänzt werden. In der Kapazitätsrichtlinie solle unter 3.1. nach Satz 1 der Satz „In ihnen werden keine Kinder aus Sprachfördermaßnahmen und -Kursen nach §36 BremSchulG aufgenommen“ eingefügt werden.

Die Deputation stimmt diesen Änderungen zu.

Beschluss, 9 Stimmen dafür (SPD, CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN, Senatorin Dr. Bogedan), 1 Stimme dagegen (DIE LINKE), 1 Enthaltung (FDP):

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt den Richtlinien über die Aufnahmekapazitäten der allgemeinbildenden Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I in der Stadtgemeinde Bremen in der Fassung der Anlage 1 nebst deren Anlagen soweit sie sich auf die Grundschulen beziehen zu.

TOP 6 Bericht zur Betreuung und Beschulung von Kindern von **Vorlage G 10/19**

Flüchtlingen

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Deputation ausgesetzt.

TOP 7 Ortsgesetz zur Neuregelung von Zuständigkeiten für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege **Vorlage G 11/19**

Beschluss: 7 Stimmen dafür (SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, Senatorin Dr. Bogedan), 4 Enthaltungen: (CDU, DIE LINKE, FDP):

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Ortsgesetz zur Neuregelung von Zuständigkeiten für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege gemäß der Anlage und dem weiteren Verfahren zu.

TOP 8 Raumbedarfe der Allgemeinen Berufsschule (ABS) **Vorlage G 12/19**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Deputation ausgesetzt.

TOP 9 Weiterentwicklung und Verstärkung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung und Sprachförderung für alle Kinder im Elementarbereich, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung **Vorlage G 13/19**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Deputation ausgesetzt.

TOP 10 Verschiedenes

Der Bericht über „Projekte zur Prävention gegen sexuelle Gewalt“ (G511/19) auf die Frage der Abgeordneten Ahrens, Fraktion der CDU, wird vorgelegt.

Der Bericht „Ganztagsbeschulung an der Grundschule Stichnathstraße“ (G512/19) auf die Frage des Abgeordneten Dr. vom Bruch, Fraktion der CDU, wird vorgelegt.

Der Bericht „Raumprogramm der Ganztagsgrundschule am Pastorenweg“ (G513/19) auf die Frage des Abgeordneten Dr. Güldner, Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN, wird vorgelegt. Hierzu war eine Debatte vereinbart worden. Frau Vogt merkt kritisch an, dass hier ein Raumprogramm zugrunde gelegt werden sollte, über das noch keine Beschlussfassung erfolgt sei. Die Planungen an der Schule seien in der Vergangenheit bereits sehr weit gediehen. Herr Dr. Güldner fasst den Bericht so auf, dass es hier noch keine verbindliche Festlegung gebe, sondern die Planungen noch im Verfahren seien. Herr Güngör bittet um einen erneuten Bericht, in dem die alten und die neuen Planungen nach Räumen und Flächenangaben tabellarisch gegenübergestellt werden. Frau Senatorin Dr. Bogedan erläutert, das Ziel des zu erstellenden Basis-Raumprogrammes sei die Herstellung von Vergleichbarkeit zwischen den Schulen bei gleichzeitiger Flexibilität der jeweiligen einzelnen Schule. Frau Krümpfer weist darauf hin, dass an den Grundschulen in Gröpelingen Differenzierungsflächen besonders benötigt werden. Herr Staatsrat Pietrzok erklärt, das Basis-Raumprogramm werde beim Ausbau der Grundschule am Pastorenweg nicht angewendet. Man müsse sich an dem Standort aber damit auseinandersetzen, wie der vorgegebene Kostenansatz im Rahmen der Planungen eingehalten werden könne. Mit dem Basis-Raumprogramm werde die Vergleichbarkeit einzelner Vorhaben bei späteren Planungen angestrebt. Systematisch sei dieses Programm nicht auf starre Obergrenzen ausgelegt. Standortbezogene Besonderheiten im Hinblick auf Baumaßnahmen müssten weiterhin Berücksichtigung finden können

Der Bericht „Rückzahlung von Kita-Beiträgen“ (G514/19) auf die Frage der Abgeordneten Vogt, Fraktion DIE LINKE, wird vorgelegt.

Der Bericht „Sachstandsbericht zu den Quartiersbildungszentren“ (G515/19) auf die Frage des Abgeordneten Güngör, Fraktion der SPD, wird vorgelegt.

Der Bericht „Vorgehen gegen religiös motivierten Extremismus“ (G516/19) auf die Frage des Abgeordneten Dr. vom Bruch, Fraktion der CDU, wird vorgelegt.

Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zur Situation der Albert Einstein Schule nach der Gasleckage und den in diesem Zusammenhang aufgetretenen Unterrichtsausfall.

Herr Jentschke bittet um einen Bericht zum Antrag der Grundschule Uphuser Straße auf Umwandlung in eine Ganztagschule.

Herr Dr. vom Bruch bittet um einen Sachstandsbericht zu den vorliegenden Anträgen der Schulen auf Umwandlung in Ganztagschulen.

Frau Vogt bittet um einen Bericht zu den Vorkursen in Bremerhaven.

Frau Krümpfer regt an, in den „Schülerzahlen der öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen im Lande Bremen“, die den Deputierten zur Information vorgelegt wurden, künftig das Merkmal „Migrationshintergrund“ auszuweisen.

Auf die Frage von Frau Peters nach der Ausstattung der Bremer Schulen mit Schulsozialarbeitern erläutert Herr Huesmann, dass diese seit Beschlussfassung in der Deputation in 2013 unverändert fortgeführt wurde und sagt Übermittlung der Vorlage zur Information zu.

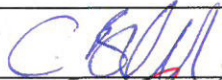
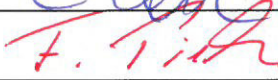

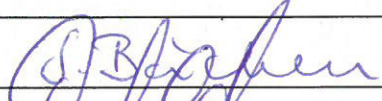


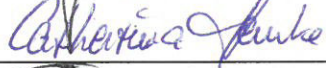
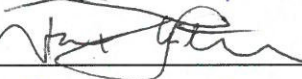
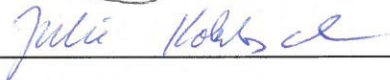
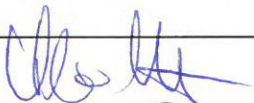

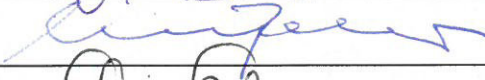
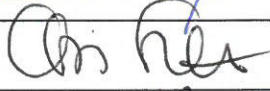
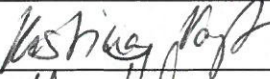
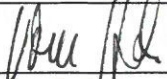


Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.05 Uhr.

Anwesenheitsliste

Deputation für Kinder und Bildung (staatlich + städtisch)

19. Wahlperiode der Wahlperiode 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16.12.2015	14:30 Uhr	19.05 Uhr	Rembertiring 8-12

Mitglieder der Deputation	Unterschrift *)	Bemerkungen
Senatorin Dr. Claudia Bogedan		
Staatsrat Frank Pietrzok		
Acar, Mehmet Sirri Krümpfer, Petra		Land
Ahrens, Sandra		Stadt
Bösch, Sybille		Land
Güldner, Dr. Matthias		Land/Stadt
Güngör, Mustafa		Land/Stadt
Hanke, Catharina		Land
Jentschke, Franz		Stadt
Kohlrausch, Julie		Land/Stadt
Krümpfer, Petra		Stadt
Müller, Dr. Henrike		Land
Peters, Monika		Land + S
Rohmeyer, Claas		Stadt
Schnittker, Christine		Land
Vogt, Kristina		Land/Stadt
Vom Bruch, Dr. Thomas		Land/Stadt
Wargalla, Kai-Lena		Stadt
Weigelt, Helmut		Stadt

*) Hinweis: Vertretungsweise Teilnehmer/innen bitte mit i. V. unterschreiben